

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Sommerpause des Landtags ist vorbei und unsere Fraktion ist voller Elan in den Herbst gestartet. Den Auftakt markierte unsere Herbstklausur in Garmisch-Partenkirchen, in deren Verlauf wir intensiv über nachhaltigen Tourismus, transatlantische Sicherheitspolitik sowie den Friedensschluss zwischen Stadt und Land beraten haben. Klar ist für uns: Damit der **Freistaat als Wirtschaftsmotor der Bundesrepublik auf Dauer wettbewerbsfähig** bleibt, müssen wir über den bayerischen Tellerrand hinaus schauen und mit anderen Nationen intensiv zusammenarbeiten. Auch deshalb haben wir uns als erste politische Gruppierung Bayerns mit hochrangigen Regierungsvertretern aus Nordmazedonien und Albanien getroffen, um über die EU-Beitrittsbemühungen beider Länder zu beraten. Wir FREIE WÄHLER halten es für unabdingbar, die ergebnisoffenen Beitrittsverhandlungen positiv zu begleiten. Denn beide Staaten können bei der **Sicherheit auf dem Balkan** eine Schlüsselrolle einnehmen und starke Wirtschaftspartner Bayerns werden. Bei einem Austausch im **George C. Marshall-Zentrum für Sicherheitsstudien** informierten wir uns außerdem über transatlantische Sicherheitspolitik und deren Auswirkungen auf die bayerische Exportwirtschaft. Auch regionale Themen kamen nicht zu kurz: Mit Blick auf den Tourismusboom in Bayern wollen wir auch **weniger erschlossene Regionen für Touristen attraktiver machen**. Außerdem haben wir beschlossen, noch in diesem Jahr den Entwurf für ein **umfassendes Klimaschutzgesetz** vorzulegen, von dem vor allem auch die ländliche Bevölkerung profitieren soll. Denn für Bauträger und das Handwerk kann die Energiewende zu einem echten Konjunkturmotor werden. Außerdem wollen wir als Antwort auf das Volksbegehren „Artenvielfalt“ mit einem bayerischen „**Aktionsbündnis ländlicher Raum**“ die urbanen und ländlichen Regionen Bayerns miteinander versöhnen und für gegenseitiges Verständnis werben. Die Landwirtschaft als Produzent hochwertiger Nahrungsmittel und die am Land arbeitenden und lebenden Menschen verdienen ein positives Image – und unser aller Respekt.



Beschäftigt haben wir uns in diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- Unterzeichnung des Gute-KiTa-Vertrags
- Antragspaket „Demokratie mitdenken und mitgestalten“
- teilweiser freier Eintritt in Bayerns Museen
- Gründung eines Wasserstoff-Zentrums in Nürnberg
- Nachrüstungen von Abbiegehilfen für Lkws
- einheitlich ermäßigter Umsatzsteuersatz im Gastrogewerbe
- Nachjustierungen bei der „Mütterrente“
- Unterwegs in den Sozialen Medien – Impressionen aus unserer Woche

R ü c k b l i c k

Mit großer Freude haben wir die **Unterzeichnung des Gute-KiTa-Vertrags** zwischen Bayerischer Staatskanzlei und Bundesregierung verfolgt. Denn dieser Vertrag ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit den nun zusätzlich zur Verfügung stehenden **Finanzmitteln in Höhe von rund 861 Millionen Euro bis zum Jahr 2022** können in Bayern weitere flankierende Maßnahmen im Bereich der Qualitätsverbesserung unternommen werden. Besonders wichtig sind uns die Unterstützung der KiTa-Leitungen, die Stärkung der Kindertagespflege und eine bessere Bezahlung für Erzieherinnen und Erzieher sowie Kindertagespflegerinnen und Kindertagespfleger.

Wir FREIE WÄHLER haben aber nicht nur die Kleinsten, sondern auch Kinder und Jugendlichen im Blick. Mit unserem **Antragspaket „Demokratie mitdenken und mitgestalten“** wollen wir dazu beitragen, unsere Schülerinnen und Schüler zu mündigen, politisch interessierten Erwachsenen zu machen. So wollen wir beispielsweise erreichen, dass die Staatsregierung Schulen bei der **Einrichtung von Schülerparlamenten** unterstützt und ein Konzept für **Demokratieerziehung an Grundschulen** erstellt. Außerdem machen wir uns dafür stark, die Bezeichnung des Fachs „Sozialkunde“ an weiterführenden Schulen in Bayern durch den breiteren Terminus „Politik und Gesellschaft“ zu ersetzen – dies wird der Komplexität des Fachs besser gerecht. Wir FREIE WÄHLER sehen die politische Bildung als Kernaufgabe an Bayerns Schulen. Denn nur wer über Demokratie Bescheid weiß, kann unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten und entschlossen für unsere Werte eintreten.

Zu diesen Werten gehört für uns auch, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb stehen wir für eine Kulturpolitik, die Kunst und Kultur auch Menschen mit geringem Einkommen zugänglich macht. Ein **teilweiser freier Eintritt in Bayerns Museen** kann jedoch nur ein Aspekt von vielen sein, um Barrieren abzubauen und neue Besucherschichten anzuziehen. Vielmehr braucht es eine Gesamtstrategie. Voraussetzung hierfür ist eine Bestandsaufnahme zur Eintrittspolitik der bayerischen Museen, um anschließend geeignete Maßnahmen ergreifen zu können.

Stolz sind wir, dass auf Initiative von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger am Energie-Campus in Nürnberg ein **Wasserstoff-Zentrum gegründet** wurde. Wir verleihen der Weiterentwicklung dieser aussichtsreichen Technologie in Bayern damit einen ordentlichen Schub. Jetzt gilt es, Wasserstoff in eine breite Anwendung zu bringen und die sogenannte Sektorenkopplung anzugehen. Das bedeutet, mit **Wasserstoff als Energieträger die Sektoren Elektrizität, Wärme-/Kälteversorgung, Verkehr und Industrie miteinander zu koppeln** und außerdem neue saubere Energieerzeugungs- und Verwendungstechnologien für einen besseren Umwelt- und Klimaschutz zu schaffen. Klar ist: Wir dürfen nicht allein auf Batterien, synthetische Brennstoffe und Elektromobilität setzen, wenn wir die Energiewende bewältigen und zugleich möglichst schnell unsere Klimaziele erreichen wollen.

Mehr getan werden muss auch beim Thema Verkehrssicherheit. Durch die Mobilitätswende steigen immer mehr Verkehrsteilnehmer auf alternative Fortbewegungsmöglichkeiten wie Fahrräder oder E-Roller um. Das ist ausdrücklich zu begrüßen, allerdings kommt es damit auch vermehrt zu Konflikten im Straßenverkehr. Gerade Lkws und Busse können beim Abbiegevorgang Zweiradfahrer und Fußgänger leicht übersehen. Deshalb begrüßen wir FREIE WÄHLER die Ankündigung der Bundesregierung, **Nachrüstungen von Abbiegehilfen für Lkws** weiter zu fördern. Diese Technik verringert die Unfallgefahr erheblich. Notwendig ist aber auch, einen Beschluss auf europäischer Ebene durchzusetzen, damit die Lkw-Abbiegeassistenzsysteme in Deutschland endlich zwingend eingeführt werden können. Allein: Das Förderprogramm des Bundesverkehrsministers und die leider erst ab 2024 geplante Assistentenpflicht für Lkw greifen viel zu kurz. Wir fordern die Staatsregierung deshalb auf, zeitnah zu ermitteln, welche weiteren unmittelbaren Maßnahmen ergriffen werden können, um die **Verkehrssicherheit an gefährlichen Kreuzungen bayernweit zu erhöhen**. Anhand von laufenden sowie abgeschlossenen Pilotprojekten und Studien soll die Staatsregierung darstellen, welche Lösungen für Kommunen infrage

kommen.

Gute Lösungen brauchen wir auch für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Bayern, das unter den konfusen und uneinheitlichen Regelungen zur Umsatzsteuer zu leiden hat. Wir FREIE WÄHLER machen uns für einen **einheitlich ermäßigten Umsatzsteuersatz** von sieben Prozent auf Verpflegungsleistungen im Hotellerie- und Gaststättengewerbe stark – und zwar unabhängig von der Art der Zubereitung und des Verzehrortes. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir die Staatsregierung aufgefordert, eine entsprechende Bundesratsinitiative einzubringen. Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit für bayerische Gastronomen und Hoteliers dauerhaft gewährleistet werden. Schließlich gilt in vielen europäischen Ländern bereits heute ein reduzierter Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Eine Reduzierung der Umsatzsteuer könnte außerdem den **dringend benötigten Investitionsschub im Gastrogewerbe einleiten**. Bayern als bundesweite Tourismusdestination Nummer 1 kann es sich schlicht nicht leisten, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe im internationalen Wettbewerb abgehängt wird, weil es unter wettbewerbsverzerrenden Abgaben zu leiden hat.

Mehr Gerechtigkeit wollen wir auch beim Thema „**Mütterrente**“ erreichen. Denn wir sind überzeugt: Die **Anerkennung der Lebensleistung von Müttern und Vätern bei der Erziehung ihrer Kinder** muss sich auch in der Rente widerspiegeln. Das Gleiche gilt für die, die sich hingebungsvoll um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern und dabei das eigene Leben hintanstellen. Durch die Umsetzung der sogenannten Mütterrente I und II konnten hier bereits einige systemische Ungerechtigkeiten teilweise ausgeräumt werden. Jetzt müssen wir allerdings nachjustieren und Rentenansprüche und Erziehungszeiten auch für diejenigen angleichen, die von den aktuellen Regelungen ausgenommen werden: **Erziehungsberechtigte, deren Kinder vor 1992 geboren sind, werden unverständlicherweise nicht berücksichtigt**. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass diese Gerechtigkeitslücke zeitnah geschlossen wird.